

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

CH-3003 Bern

Zürich, 12. Oktober 2022

Adrian Dinkelmann, +41 58 360 77 70, a.dinkelmann@infra-suisse.ch

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Regionalpolitik

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Infra Suisse ist die nationale Branchenorganisation der im Infrastrukturbau tätigen Unternehmen. Der Verband vertritt die Interessen seiner rund 250 Mitgliedsunternehmen und engagiert sich für die Erhaltung und den bedarfsgerechten Ausbau der Schweizer Infrastrukturen (Strasse, Schiene, Ver- und Entsorgung). Als Organisation der Arbeitswelt engagiert sich Infra Suisse in der Verbundaufgabe mit dem Bund und den Kantonen für eine zukunftsorientierte Bildung im Verkehrswegbau. Als Vertreterin der Bauunternehmen, welche mit der Realisierung von Infrastrukturprojekten in urbanen und peripheren Räumen beauftragt werden, ist die Regionalpolitik von besonderer Bedeutung.

1. Allgemeine Bemerkungen

Infra Suisse unterstützt die Anstrengungen des Bundes und der Kantone zur Stärkung der Wettbewerbs- und Entwicklungsfähigkeit des Berggebiets, des ländlichen Raums und der Grenzregionen. Mit ihrer wirtschaftlichen Bedeutung trägt die Infrastruktur-Branche wesentlich zur Regionalentwicklung bei. Dies geschieht einerseits durch die Umsetzung von strategisch, regionalwirtschaftlich und touristischen Bauprojekten, andererseits auch durch das Engagement des Verbandes in übergeordneten Gremien, die sich u.a. mit der kohärenten Raumentwicklung und mit der strategischen Planung der Verkehrswege und -flüsse in der Schweiz auseinandersetzen.

2. Stellungnahme zur vorgeschlagenen Lösung

Während Infrastrukturprojekte grösstenteils von der öffentlichen Hand ausgeschrieben und finanziert werden, können gerade bei privaten unternehmerischen Projekten wichtige Impulse für periphere Regionen ausgelöst werden. Es fällt auf, dass es insbesondere bei grösseren Projekten mit sogenannten systemrelevanten Infrastrukturen stets eine Verbundaufgabe privater Investoren und öffentlicher Unterstützung waren, die eine entsprechende Hebelwirkung auslösen konnten. Grössere Ressorts oder Zentren hätten nicht ohne die weitsichtige Planung der Verkehrswege realisiert werden können. Dabei denken wir insbesondere an die bekannten Beispiele aus dem Berggebiet.

Unsere Mitgliedfirmen durften dabei eine wichtige Rolle spielen und diese Projekte mitgestalten respektive baulich realisieren. Die Beschäftigung, die Mobilität sowie weitere standortwettbewerbliche Mehrwerte, die damit geschaffen wurden, sind von grosser wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung.

Es fällt jedoch ebenfalls auf, dass über die Mittel der Neuen Regionalpolitik, die jährlich über 31 Mio. Franken an Mittel für Projekte ausschüttet, lediglich 1.5 Mio. Franken für sogenannte Kleininfrastrukturen vorgesehen sind. Die restlichen Mittel werden weitgehend für Konzepte, Studien und Anschubfinanzierungen eingesetzt, sofern die denn überhaupt ausgeschöpft werden.

Infra Suisse vertritt deshalb zusammen mit anderen Partnerverbänden des Bauhaupt- und Nebengewerbes die Ansicht, dass die Infrastrukturprojekte nicht genügend berücksichtigt werden.

**Infra Suisse lehnt die vorgeschlagene Lösung in der vorliegenden Form ab.
Wir fordern, dass die Maximalbeiträge an Infrastrukturprojekte auf mindestens 150 000 Franken pro Projekt erhöht werden.**

Die Definition von «Kleininfrastrukturen» ist zu verfeinern. Es ist unklar, wann Projekte «klein» sind und was unter dem Begriff der Infrastrukturen verstanden wird. Es ist beispielsweise festzulegen, ob darunter auch digitale Infrastrukturen fallen.

Die Aussage, dass Basisinfrastruktur-Projekte «einzig der ansässigen Bevölkerung dienen und keinen regionalwirtschaftlichen Effekt haben» ist zu revidieren und der übergeordnete Zweck ins Zentrum zu stellen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen. Bei Fragen oder Diskussionsbedarf stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Infra Suisse



Nationalrat Christian Wasserfallen
Präsident



Adrian Dinkelmann
Geschäftsführer